

ORIENTIERUNG

Nr. 22 53. Jahrgang Zürich, 30. November 1989

*Allseits bedrängt, beherrscht uns doch nicht
die Angst...
zu Boden geworfen, sind wir doch nicht
vernichtet (2 Kor 4,8-9)*

Ignacio Ellacuría SJ
Segundo Montes SJ
Ignacio Martín-Baró SJ
Amando López SJ
Joaquín López y López SJ
Juan Ramón Moreno SJ
Elba Julia Ramos
Celina Marisela Ramos

Ermordet auf dem Campus der Zentralamerikanischen Universität José Siméon Cañas in San Salvador in der Nacht auf den 16. November 1989.

Wir ehren die Namen derer, die wir kennen.¹ Sie stehen für Tausende von Namenlosen, die ebenfalls um ihres Einsatzes für Frieden und Gerechtigkeit willen den gewaltsamen Tod erlitten haben. Ihnen allen gilt unser Gedenken.

VON MASCHINENGEWEHRSAUVEN durchlöchert, die Gesichter verstümmelt, auf daß sie *niemand* mehr seien, lagen am Morgen des 16. November einige der Ermordeten im Gras, als der Erzbischof von San Salvador, Arturo Rivera Damas, sie segnete. Er erinnerte dabei an seinen Vorgänger Oscar Arnulfo Romero: «Derselbe Haß wie ihn hat auch diese hier getötet.» Tatsächlich wollte man Romero einfach weghaben. Aber nicht nur er, auch die Jesuiten sollten verschwinden: Als 1977 der erste von ihnen, Rutilio Grande, ermordet wurde, erging die Drohung an alle andern: «Wenn ihr nicht abhaut, ergeht's euch wie ihm!» Und auf Handzetteln stand geschrieben: «Tu etwas fürs Vaterland, töte einen Priester!» Der derzeit (im Ausnahmezustand) einzige vom Militär zugelassene Sender in El Salvador läßt ähnliche Klänge hören, und ein Lautsprecher der Ersten Armeebrigade, die ganz nahe beim erzbischöflichen Ordinariat in Stellung ging, feuerte die Soldaten an mit den Worten: «Wir haben Ellacuría erledigt, wir werden sämtliche Kommunisten erledigen!» Weibischof Gregorio Rosa Chávez bezeugte diese Äußerung in Gegenwart des Präsiden-

EL SALVADOR

Warum sie gemordet wurden: Massaker auf dem Campus der Zentralamerikanischen Universität – Zunahme von politischem Mord und der Repression nach dem Regierungsantritt der ARENA-Partei – Gescheiterte Friedensverhandlungen zwischen FMLN und Regierung – Systematische Diffamierung jener, die für eine Verhandlungslösung eintreten – Die UCA, eine Universität engagiert im Befreiungsprozeß – Volksorganisationen, Gewerkschaften und Basisgemeinden als «Dritte Kraft».
Ludwig Kaufmann

Communiqué der zentralamerikanischen Jesuitenprovinz: «Wir verlangen Gerechtigkeit, wir wollen nicht Rache» – Getötet werden jene, die sich gewaltfrei für die Friedenssuche einsetzen – Zahlreiche Indizien ermöglichen eine schnelle Untersuchung.

Ignacio Ellacuría als Befreiungstheologe: Die Lehrer Karl Rahner und Xavier Zubiri – Primat der Praxis in Philosophie und Theologie – Der Zusammenhang von Heilsgeschichte und Freiheitsgeschichte – Für das Organisationsrecht im Kampf um die Emanzipation.
Nikolaus Klein

TAGEBUCH

Im Warschauer Getto: Beobachtungen und Notizen des Vorsitzenden des Judenrates *Adam Czerniaków* – Ein Vertreter des liberalen polnischen Judentums – Aushungerungsstrategie der deutschen Besatzungskräfte – Angesichts des Befehls, Kindertransporte in die Vernichtungslager zu organisieren, tötet sich *Czerniaków*.
Simon Lauer, Luzern

DDR

Das Ende der Geduld: Ereignisse überrollen den gemächlichen «sozialistischen Gang» – Mut und Klugheit der demonstrierenden Bevölkerung – Nicht länger mit der Lüge leben – Die Verteidigungsstrategie der SED – Grundlegende Forderung der Rechtsstaatlichkeit – Das Programm der politischen Opposition – Sozialismus soll eine demokratische Gestalt finden – Evangelische Kirche bot jahrelang ein Forum freier Meinungsäußerung – Katholische Kirche als Nachzügler.
Joachim Garstecki, Teltow/DDR

FRANZÖSISCHE REVOLUTION

Das Ereignis und seine Vorgeschichte: Zu einer Gesamtdarstellung von *Ernst Schulin* – Ein Historikerstreit zur Geschichtsschreibung der Französischen Revolution – Lang-, mittel- und kurzfristige Ursachen und Bedingungen – Religionspolitik und revolutionäre Feste – Fruchtbarkeit der Erforschung der Mentalitäten und ihrer Geschichte – Der Weg der kleinen Schritte im politischen Alltag.
Heinz Robert Schlette, Bonn

ten der Republik, Alfredo Cristiani. Er tat dies bei der Beerdigungsfeier, die in der Aula der UCA (geläufige Abkürzung der Universidad Centroamericana) stattfand. Der Provinzial der Jesuiten, José María Tojeira, gab seinerseits die Antwort auf die nun schon so viele Jahre immer wiederholte Ankündigung der vollständigen Extermination: «Nein», sagte er, und die Trauerversammlung brach in Beifall aus, «die Jesuiten haben sie noch immer nicht zum Verschwinden gebracht, und auch die UCA nicht»: Diejenigen, die sie fürchten, müssen also immer noch mit ihr rechnen, weil diejenigen, für die sie eintritt, immer noch auf sie zählen können. So ist es ja auch den Mördern von Bischof Romero nicht gelungen, ihn auszulöschen. «Wenn sie mich töten», hat er zwei Wochen, bevor es geschah, gesagt, «werde ich in meinem Volke auferstehen». Sein Name erklingt heute in den Liedern von Tausenden von Gruppen und Gemeinden, und er selber lebt in Millionen Herzen. Nicht zuletzt in der UCA lebt er weiter: Das Centro Pastoral Oscar Romero, wo die Jesuitenkommunität wenige Wochen zuvor ihr neues Domizil bezogen hatte und wo sie jetzt überfallen wurde, hält nicht nur seinen Namen fest. Hier, wo sich führende Frauen und Männer der Basisgemeinden treffen, lebt Romeros Geist weiter: So wird auch der Geist der acht Ermordeten hier weiterleben. In der Universitätskapelle *Cristo resucitado* wurden sie beigesetzt. Eine engagierte christliche *memoria* wird ihr Zeugnis immer wieder gegenwärtig machen.

Mit einem dezidierten und würdigen Communiqué (vgl. Kasten) haben die Jesuiten von Zentralamerika schon gleich am ersten Tag eine rasche und sorgfältige Aufklärung der Tat «um der Gerechtigkeit willen» verlangt; denn ohne Gerechtigkeit gebe es keinen Frieden. Auf dem Hintergrund der fortgesetzten Diffamierungskampagne wäre hinzuzufügen: «um der Wahrhaftigkeit willen». Denn der physische Mord ist monatelang durch systematischen Rufmord vorbereitet und in den Tagen nach der Tat entsprechend fortgesetzt worden. Die Gegenwart von Staatspräsident Cristiani und seines Vizeaußenministers Riccardo Valdivieso bei der Trauerfeier war wohl in erster Linie eine Geste gegenüber der offiziellen Delegation Spaniens; sie verschleierte aber, was das Regime der herrschenden ARENA-Partei seit ihrem Amtsantritt veranlaßt, toleriert, gedeckt und vertuscht hat: welche Zunahme an Menschenrechtsverletzungen und welche Fortsetzung der mörderischen Aktivitäten der Todesschwadronen. Nach übereinstimmender Auffassung aller Menschenrechtsorganisationen hat sich die Lage der Menschenrechte schon seit Ende 1987 wieder deutlich verschlechtert, das heißt zu dem Zeitpunkt, als sich die vollständige Machtübernahme durch ARENA in Legislative, Exekutive und Judikative abzeichnete, was sich auch in der Polarisierung der Gesellschaft niederschlug. Das Jahr 1988 brachte dann nicht weniger als 60 Morde durch die Todesschwadronen, was einer Zunahme von 150 Prozent gegenüber dem Vorjahr gleichkommt. Die Zunahme der politischen Morde, die zu Lasten der Armee und der Guerilla (FMLN) gehen, betrug je 25 Prozent. 1989 war die Aktivität der Todesschwadronen zunächst rückläufig; doch schon kurz nach den Märzahlen, am 5. April 1989, kündigte die grausame Ermordung der Lehrerin und Gewerkschaftsfunktionärin *Cristina Gómez* Schlimmes an. Vor allem gab es mehrfach Verhaftungswellen gegen Organisationen wie CRIPDES (im Bereich der Wiederansiedlung von Flüchtlingen tätig), Kooperativverbände, Gewerkschaften und Studentenorganisationen. Teils wochen- und monatelang ohne recht-

¹ Pater Ellacuría ist Rektor der Universität und Professor für Philosophie; Pater Montes Oberer der Jesuitenkommunität und Professor der Soziologie, Pater Martín-Baró Vizedirektor der Universität und Professor der Sozialpsychologie, Pater López Professor der Theologie, Pater López y López Nationalpräsident der Jugendorganisation «Fe y Alegría», Pater Ramón Moreno Professor der Theologie. Frau Ramos war Köchin. Mit ihr zusammen wurde ihre 15jährige Tochter Celina erschossen.

Nicht Rache, aber Gerechtigkeit

Communiqué der zentralamerikanischen Jesuiten

Angesichts der Ermordung von sechs Jesuitenpatres, nämlich Ignacio Ellacuría, Segundo Montes, Ignacio Martín-Baró, Joaquín López y López, Juan Ramón Moreno, Amando López und den zwei Mitarbeiterinnen Julia Elba Ramos und Celina Marisela Ramos (15jährig) gibt die Gesellschaft Jesu in Zentralamerika folgende Erklärung ab:

► Dieses Verbrechen, das mit äußerster Brutalität ausgeführt wurde, muß angeklagt, rasch aufgeklärt und mit der Härte des Gesetzes bestraft werden. Die Gesellschaft Jesu sucht nicht Rache, wohl aber Gerechtigkeit; denn sie ist davon überzeugt, wenn ein Verbrechen dieser Art ungesühnt bleibt, wird es unmöglich sein, im Friedensprozeß in El Salvador Fortschritte zu machen. Friede läßt sich nur auf dem Fundament der Gerechtigkeit bauen.

► Der Tod der sechs Jesuiten und der beiden Frauen ist in einer Reihe zu sehen mit den mehr als 70 000 Toten, die der ganze Krieg bisher gekostet hat. Er hat seinen Grund in der herrschenden sozialen Ungerechtigkeit. Unsere Mitbrüder suchten einen Frieden, der sich auf die Rechte der Armen gründet. Ihr Tod vereint sie mit dem Schicksal so vieler Armen in El Salvador, die ob ihres gewaltlosen Einsatzes für Befreiung getötet wurden. In der Tat haben wir keinen Zweifel daran, daß der gewaltlose Einsatz unserer Priester der entscheidende Anlaß für den Mordanschlag war. Wir teilen voll die Ansicht unseres Erzbischofs Rivera Damas, daß der gleiche Haß, der Erzbischof Oscar Romero getötet hat, auch für das Massaker an unseren Mitbrüdern verantwortlich ist.

► Wir fordern von der Regierung der Republik eine nicht nur vollständige, sondern auch rasche und energische Untersuchung. Das Massaker erfolgte in den ersten Morgenstunden zur Zeit der Ausgangssperre. Es dauerte ungefähr eine halbe Stunde, und die Örtlichkeit war militärisch stark bewacht: All dies zwingt uns zur Annahme, daß es genügend Indizien gibt, um eine rasche Aufklärung zu erreichen. Sollten die Ergebnisse der Untersuchung zu lange auf sich warten lassen, wie es in anderen Fällen geschehen ist, behält sich die Gesellschaft Jesu vor, aus den vorgefundenen Hinweisen selber ihre Schlüsse zu ziehen.

► Wir haben die Hoffnung, daß das Opfer unserer Mitbrüder nicht ohne Frucht bleibt. Wir sind davon überzeugt, daß nur ein Ende des Krieges, ein Ende jeder Repression und eine auf dem Weg des Dialogs und der Verhandlungen angestrebte Lösung des Konflikts unserem gefolterten Land eine Zukunft eröffnen. Unsere ermordeten Mitbrüder haben ihre ganze Kraft für einen Frieden eingesetzt, der auf Dialog und Verhandlungen gründet und den Respekt vor den Menschenrechten und vor der Würde der Ärmsten einschließt. Ihr Tod wird sicher andere in ihrem Einsatz für einen gerechten Frieden in diesem Land bestärken.

► Wir Jesuiten werden weiterhin für jene beten, die uns hassen und die durch ihre Beschuldigungen und Verleumdungen dieses Verbrechen, das uns heute erschüttert, erst ermöglicht haben. Und auch für die unmittelbaren Täter, die «nicht wissen, was sie tun».

► Unsere getöteten Brüder und Schwestern gehören jetzt wie vor ihnen Monseñor Romero, Pater Rutilio Grande, Pfarrer Octavio Ortiz und viele andere Priester zu jenen zahlreichen Christen, die, in der Mehrzahl unbekannt geblieben, mitten in ihrer Armut und Erniedrigung ihr Leben hingegeben haben in Solidarität für andere in unserem Lande, die noch mehr leiden. Für sie alle gilt das Bibelwort (Offb 7, 14): «Sie kommen aus der großen Drangsal und haben ihre Kleider weißgewaschen im Blut des Lammes.» Möge die große Zahl derer, die in El Salvador durch ihr Leben und Sterben zu Zeugen geworden sind, uns beistehen in der Hingabe für unser Land, damit es «das Leben habe und es in Fülle habe».

San Salvador, 16. November 1989

liche Grundlage festgehalten, wurden viele der Verhafteten schwer gefoltert. Eine Zunahme der Folter im Bereich der Sicherheitskräfte signalisierte ein Bericht des Instituts für Menschenrechte der UCA als wahrscheinlich; erwähnt wurden die berüchtigte Methode der «Kapuze» bei der «Finanzpolizei» sowie eine Folter mit Todesfolgen bei der Armee (von sieben Anfang Juli durch die Armee in Apopa und Nejapa Gefangenen starben zwei). Auf jeden Fall hat sich die Zahl der Verhaftungen seit den Märzahlen gegenüber den entsprechenden Vorjahreszeiträumen vervielfacht, noch

bevor die gegenwärtigen Kampfhandlungen ausgebrochen sind.² Dies ist von Bedeutung, weil in Washington Präsident Bush die Fortsetzung seiner massiven Finanzhilfe immer wieder mit dem Satz begründet, man habe es in El Salvador mit einer «demokratisch gewählten Regierung» zu tun. Dabei ist die Relevanz der Wahl eines, ein anderes der sogenannte Demokratisierungsprozeß.

Diese Vokabel gehört zum offiziellen Wortschatz. Befragt eine ausländische Delegation zum Beispiel den Verteidigungsminister, so erklärt er ohne Umschweife, die Armee unterstütze den Prozeß der Demokratisierung, wie sie auch schon seit zehn Jahren um die Respektierung der Menschenrechte kämpfe. In Wirklichkeit hat die Regierung Cristiani eine ganze Reihe von Schlüsselfiguren der Sicherheitskräfte, die 1983 mit den Todesschwadronen in Verbindung gesehen und auf massiven Druck der USA (konkret: des damaligen Vizepräsidenten Bush!) auf Auslandsposten abgeschoben worden waren, wieder ins Land gelassen. Einige nehmen auch schon wieder wichtige Positionen ein. So wurde Oberst Maximilian Leiva zum Chef der Einwanderungsbehörde ernannt, und prompt nahm der Druck auf Ausländer, die in sozialen oder Wiederansiedlungsprojekten arbeiten, deutlich zu; es kam auch zu Ausweisungen, wie kürzlich die des 62jährigen Schweizers Gino Baumann.

Wichtig in unserem Zusammenhang sind vor allem die Personen an den Schalthebeln der Regierung, die «durch wahllose Denunzierung systematisch ein öffentliches Klima zu schaffen suchen, das repressivem Handeln der Sicherheitskräfte und Aktionen der Todesschwadronen den Boden bereiten kann». Roger Peltzer macht dafür in seinem Bericht über die vielfältigen Gespräche einer *Fact-Finding-Mission* in der zweiten Augsthälfte³ folgende Persönlichkeiten und Stellen verantwortlich: Vizepräsident und Innenminister *Merino*, Vizeverteidigungsminister *Zepeda* sowie den Vizeminister für die Sicherheitskräfte *Montana*, ferner das staatliche Informationsamt und die Pressestelle der Armee. Speziell dem Innenminister wird zur Last gelegt, daß er für die Umwandlung von ARENA-Büros in Annahmestellen für Denunziationen (u. a. im Hinblick auf die Ausweisung von Ausländern) plädiert hat. Betroffen von diesen Denunziationen sind alle Oppositionsparteien, Gewerkschaften, Kooperativen, Flüchtlingsorganisationen und Hilfswerke sowie Institutionen der katholischen und protestantischen Kirchen (Priester, einzelne Bischöfe, Rechtshilfebüros, Basisgemeinden). Nach dem Peltzer-Bericht stellen zumal die Angriffe gegen die Kirchen im Vergleich zu den letzten Jahren der Duarte-Regierung eine «qualitative Zuspitzung» der diffamierenden Propagandapolitik dar.

WIE IN DIESEM Rahmen die UCA zur besonderen Zielscheibe von Haß und Gewalt wurde, bedarf der Erklärung. Die Universidad Centroamericana ist eine katholische Privatuniversität, die von Jesuiten geführt wird und wie unter diesem Namen auch eine Hochschule in Managua anzutreffen ist. In San Salvador hat sie sich in ihren Statuten als Universität «für soziale Veränderung» definiert. Unter ihren 5000 Studierenden stammen viele aus den ärmsten Schichten der Bevölkerung, und wer nach seinem Studium zu einem Job kommt, zahlt wieder für einen «Nachfolger», um auch ihm das Studium zu ermöglichen. Die UCA umfaßt u. a. eine Ingenieurabteilung (Leitung *Jon Cortina SJ*) und eine Wirtschaftsabteilung, in welcher *Segundo Montes SJ* Soziologie dozierte. Montes, der ein Institut für die Menschenrechte leitete, ist mit einer bedeutenden Arbeit über die Situation der Flüchtlinge (heute ein Hauptproblem des Landes) hervorgetreten.⁴ In der Wirtschaftsabteilung hat man sich auch schon

früh mit Vorarbeiten für eine Agrarreform befaßt. So ließen sich 1979 junge Offiziere, die der Diktatur ein Ende bereiten und das Land vor dem Bürgerkrieg bewahren wollten, von UCA-Professoren beraten. Aber für die Großgrundbesitzer war Agrarreform ein Reizwort. Sie bedachten die UCA mit Bombenanschlägen. Die Analysen der UCA beschrieben die gesellschaftliche Wirklichkeit. In- und ausländische Journalisten holten sich dort zuverlässige Information. Aber die Wirklichkeit, zumal die Wirklichkeit der Armen, ist bei der herrschenden Partei nicht gefragt, und Information wird als Störung im ideologischen Kampf empfunden. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang ein Gesetzentwurf, den die ARENA am 23. Juni zur Verschärfung des Straf- und des Strafprozeßrechts einbrachte. U. a. heißt es da, daß jeder, der durch sein Auftreten bei internationalen Organisationen dazu Anlaß gibt, daß sich diese zu den inneren Angelegenheiten El Salvadors äußern (z. B. durch Zeugenaussagen vor der UNO-Menschenrechtskommission in Genf) mit Gefängnisstrafen von 5 bis 10 Jahren belegt werden kann. Der ganze Entwurf kommt, wie die Opposition mit Recht einwandte, einer Legalisierung des Ausnahmezustands gleich. In die gleiche Richtung zielt die Einschränkung der Meinungsäußerungsfreiheit und der Berichterstattung über Arbeitskonflikte, Landenteignungen usw. In dem Maße, als die *niedergehaltene* Wahrheit durch Publikationen der UCA an den Tag gebracht wird, erfüllt sie eine prophetische Funktion und tritt in die Fußstapfen von Erzbischof Romero. Wichtig waren in dieser Hinsicht die politischen Analysen von *Ignacio Ellacuría* in der Zeitschrift *Estudios Centroamericanos (ECA)*. Man wird sie künftig sehr vermissen. Ihre Informationen, zumal vom Lande, erhält die UCA nicht zuletzt durch den Zulauf, den ihr «Zentrum für theologische Reflexion» und ihr Pastoralzentrum von KatechetInnen und führenden Kräften der Basisgemeinden erfahren.⁵ Deren Mitteilungen und Meinungsaustausch faßt das Halbmonatsbulletin *Carta a las Iglesias* zusammen. Schon zweimal in diesem Jahr, Ende April und Ende Juli, mußte es von «Bomben gegen die UCA» – im Juli trafen sie die UCA-eigene Druckerei – berichten, und beide Male waren massive Diffamierungen in den Medien vor allem gegen den Leiter des Menschenrechtsbüros, Pater Segundo Montes, vorausgegangen.⁶ Am 3. Juli standen die Namen von Ellacuría und Montes an der Spitze einer Todesliste von 13 Politikern, Gewerkschaftern und Hochschullehrern: *Sie*, hieß es in einem Offenen Brief an den Präsidenten der Republik, führten die «Terrorbanden» an, und *sie* seien, bei gleichzeitiger Einführung des Kriegsrechts und der Todesstrafe, unverzüglich abzuurteilen.⁷ Ein solches «Urteil» wurde bereits am 31. Oktober vollstreckt: Es traf die Gewerkschaftsführerin *Febe Velásquez*. Beim Bombenanschlag auf das Büro ihres Verbandes (*Fenestres*) kamen mit ihr noch neun Menschen ums Leben.

DIE POLITISCHE WIRKUNG dieses Anschlags war die Vernichtung aller in diesem Sommer und Frühherbst gelaufenen Friedensbemühungen. Auch die Diffamierungskampagne zielte darauf ab, die Exponenten dieser Bemühungen und Träger des Dialogs zu desavouieren. Die UCA war ein bevorzugter Ort für solchen Dialog. Hier versammelten sich u. a. Delegierte von Gewerkschaften und Volksorganisationen. Daß sie im Hinblick auf einen Frieden mit mehr Gerechtigkeit bei Verhandlungen mitreden mußten, war vor allem die These von Ignacio Ellacuría. Seinerzeit, 1986, als es zur Gründung einer großen Dachorganisation und

² Vgl. die beiden letzten Berichte in der Zeitschrift ECA vom Juli und August/September 1989 sowie den Bericht der kirchlichen *Tutela legal*, zitiert in «Frankfurter Rundschau» vom 3. Juli 1989.

³ R. Peltzer. El Salvador unter der ARENA-Regierung. Hrsg. von der Christl. Initiative Romero. Münster/Westf., und dem Ökumenischen Büro für Gerechtigkeit und Frieden, München (November 1989).

⁴ S. Montes, La situación de los salvadoreños desplazados y refugiados, in: ECA 39 (1984) S. 904–920; Ders., El problema de los desplazados y refugiados salvadoreños, in: ebenda 41 (1986) S. 37–53; Ders., La crisis social agudizada por la crisis salvadoreña. La migración a Estados Unidos: un indicador de la crisis, in: ebenda 42 (1987) S. 675–686.

⁵ Vgl. Orientierung 49 (1985) S. 49.

⁶ Vgl. die *Carta a las Iglesias* vom 16.–30. April 1989 und 16.–31. Juli 1989.

⁷ Der offene Brief des «Kreuzzugs für Frieden und Gerechtigkeit» ist dokumentiert in: ECA 44 (1989) S. 626.

geeinten gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksbewegung (UNTS) gekommen war, setzte Ellacuría für die «Suche nach Frieden» auf diese «dritte Kraft»⁸ Er dachte, daß sich darin auch die christlichen Basisgemeinden und die Menschenrechtsgruppen integrieren könnten. In einem Gespräch, das ich damals im Rektoratsbüro mit ihm führen konnte, war ich sehr beeindruckt von seiner zugleich differenzierenden und souveränen Sicht der Zusammenhänge. Ihm eignete ein scharfer analytischer Verstand und ein ausgesprochenes politisches Charisma, vor allem aber wirkte er auf mich als ein freier Mensch, für den es keine falschen, versteckten Rücksichten gab. Mit Recht hat ein Nachruf auf ihn und die ganze verschworene Gemeinschaft der Jesuitenkommunität, die ihn umgab und bei der ich wohnen durfte, das Wort des Johannes-evangeliums angewandt: Die Wahrheit wird euch frei machen.⁹

Die Wahrheit, das war für Ellacuría schon damals die Überzeugung, daß es den militärischen Sieg in El Salvador nicht geben könne, es sei denn um den Preis noch viel unsäglichere Leiden für die Zivilbevölkerung, wie sie in den letzten Tagen während der schrecklichen Bombardierungen der Armenviertel von San Salvador durch die Armee zu beklagen waren. Deshalb setzte er sich unentwegt für Verhandlungen ein und

⁸ Vgl. L. Kaufmann, *El Salvador – Suche nach Frieden*, in: *Orientierung* 51 (1987) S. 49 ff.

⁹ Valentín Menéndez, *Seis hombres en busca de paz*, in *El País* vom 21. November 1989. V. Menéndez ist ein früherer Provinzial der Zentralamerikanischen Jesuitenprovinz.

versuchte in stundenlangen Gesprächen u. a. den bekannten Guerillaführer *Joaquín Villalobos* für diesen Weg zu gewinnen. Auch im Ausland warb er dafür, daß der Verhandlungsweg unterstützt werde, für den inzwischen die FMLN schon weitgehende Konzessionen angeboten hatte. Ende Oktober sprach Ellacuría noch vor dem Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestags in Bonn. Dabei mußte er allerdings erklären, wie schwer die jetzt herrschende ARENA-Partei für Verhandlungen zu gewinnen sei. Von Präsident Cristiani wurde er zum gleichen Zeitpunkt brieflich eingeladen, einem Komitee zur Aufklärung des Bombenanschlags auf die Gewerkschaftszentrale vom 31. Oktober beizutreten. Wer weiß, ob nicht gerade dies und Ellacurias klug und verantwortungsvoll abgefaßte Zusage¹⁰ im rechten Flügel der ARENA und der Armee den Entschluß zur Reife brachten, ihn und seine Kollegen zu liquidieren. Wir aber setzen über ihre Namen die Worte des 2. Korintherbriefs (4,8–9), die sie selber als Motto für ihre «Carta a las Iglesias» gewählt haben: *Estamos acosados pero no abonados, nos derriban pero no nos rematan*. In dieser Haltung, solidarisch mit den Toten und den Überlebenden, solidarisch vor allem mit den Armen, auf deren Seite sie stehen, müssen Kampf und Suche weitergehen: für einen Frieden mit mehr Gerechtigkeit.

Ludwig Kaufmann

¹⁰ Vgl. den in *El País* vom 17. November 1989 veröffentlichten Antwortbrief I. Ellacurias an den Minister Juan Antonio Martínez Varela, den Leiter der Präsidentskanzlei.

Ignacio Ellacuría als Befreiungstheologe

Im Rahmen der geisteswissenschaftlichen Fakultät der *Universidad Centroamericana* (UCA) hat Ignacio Ellacuría die Abteilung für Philosophie geleitet. In Lehre und Forschung hat er seit den frühen siebziger Jahren in philosophischen, wissenschaftstheoretischen und theologischen Beiträgen die Diskussionen innerhalb der Befreiungstheologie kritisch kommentiert und zu deren Begründungsproblemen selber entscheidende Beiträge geliefert, so in seinem Aufsatz über den Status einer Theologie in Lateinamerika in der 1975 in Madrid erschienenen Festschrift für Karl Rahner. Zur gleichen Frage hat er auch beim gesamtlateinamerikanischen Theologentreffen von Mexiko City 1975 ein Essay vorgetragen.¹ Ständig spürbar sind seine Bezugnahmen auf *Karl Rahner* (1904–1984) in der Zuordnung von Heilsgeschichte und Weltgeschichte wie die Hinweise auf seinen Lehrer, den spanischen Philosophen *Xavier Zubiri* (1898–1983). Zubiris Suche nach einem philosophischen Kategoriensystem, das der Geschichte der Menschen und der Geschichtlichkeit ihrer Erfahrungen verpflichtet bleibt, hat I. Ellacuría von den politischen und sozialen Konflikten Lateinamerikas aus aufgenommen und weitergeführt. Dabei hat er vor allem dessen Kritik an einem idealistischen Verständnis philosophischer Reflexion sich zu eigen gemacht und den Primat der Praxis in der menschlichen Erkenntnis festgehalten.²

Ellacuría hält für das entscheidende Thema jeder Befreiungstheologie die Frage nach dem Zusammenhang von Heilsgeschichte

Gottes mit dem Menschen und der Befreiungsgeschichte der Menschen.³ Dabei wird diese Frage verschieden akzentuiert, je nachdem ob nach der Befreiung der Theologie (*liberación de la teología*) oder nach der Theologie der Befreiung (*teología de la liberación*) gefragt wird. Im ersten Fall liegt das Schwergewicht darauf, wie die Theologie aus ihren ideologischen und sozialen Entfremdungen, die sie zu einem Komplizen der Unterdrückung von Menschen macht, befreit werden kann. Im zweiten Fall will sie die gemeinschaftsbildende Kraft des christlichen Glaubens im Befreiungskampf der Völker einsetzen. In beiden Fällen weiß sich die Theologie der Wirkungsgeschichte des Christentums, ihren prophetisch-utopischen Gehalten verpflichtet wie auch einer eigenständigen Form der Rationalität. Dies läßt Theologie weder in Sozialwissenschaften noch in Politologie aufgehen. Deshalb betont Ellacuría, daß die Befreiungstheologie keine Bindestrich-Theologie (*teología regional*) ist, sondern eine fundamentale Theologie (*teología total*), keine Theologie des Politischen, sondern eine Theologie, die vom aktuellen Anbruch des Reiches Gottes spricht. Und darin hat sie ihre politische Verantwortung wahrzunehmen.

Dieser Zusammenhang bringt es für Ellacuría zwingend mit sich, daß die Kirche unter den gegenwärtigen Bedingungen Lateinamerikas die mit Medellín und Puebla begonnene Bekehrung zu den Armen fortzusetzen hat. Ihre Hinwendung zu den Armen setzt allerdings die Kirche selber der Repression aus.⁴ Hinwendung zu den Armen bedeutet im Kern eine Hinwendung zu den geschichtlichen Konflikten. Damit tritt die Kirche für Gruppen und Organisationen der Bevölkerung ein

¹ I. Ellacuría, *Tesis sobre la posibilidad, necesidad y sentido de una teología latinoamericana*, in: A. Vargas-Machuca, Hrsg., *Teología y mundo contemporáneo. Homenaje a K. Rahner en su 70 cumpleaños*. Madrid 1975, S. 325–350; Ders., *Hacia una fundamentación filosófica del método teológico latinoamericano*, in: *Liberación y cautiverio. Encuentro latinoamericano de teología* (México, 11–15 agosto 1975). México, D. F. 1976, S. 609–635.

² I. Ellacuría y otros, *Zubiri 1898–1983. Conferencias pronunciadas en el homenaje a Zubiri en San Sebastián 23 a 25 de enero de 1984*. Ed. Departamento de cultura y turismo. Gobierno Vasco, Vitoria 1984; Ders., *Zubiri sigue vivo*, in: *Vida Nueva* vom 1. 10. 1983, S. 55.

³ I. Ellacuría, *Teología política*. El Salvador 1973; engl.: *Freedom Made flesh. The Mission of Christ and his Church*. Orbis Books, Maryknoll/NY 1976, S. 5–22 und 131–141; Ders., *Historicidad de la salvación cristiana*, in: *Revista latinoamericana de teología* 1 (1984), S. 4–46.

⁴ I. Ellacuría, *Conversión de la Iglesia al reino de Dios. Para anunciarlo y realizarlo en la historia*. Santander 1984; Ders., *El pueblo crucificado*, in: H. Assmann u. a., *Cruz y resurrección. Presencia y anuncio de una iglesia nueva*. México, D. F. 1978, S. 49–82.

(movimientos políticos y sociales), die sich ihrerseits im Befreiungskampf einsetzen. In zahlreichen Veröffentlichungen der letzten Jahre ging es Ellacuría bei seinen Überlegungen darum, Kriterien für diese Kooperation immer wieder neu zu formulieren. Diese Studien verarbeiten eine Fülle politologischer, soziologischer und ökonomischer Analysen. Sie bleiben dabei immer der von ihm beanspruchten eigenen Rationalität der Befreiungstheologie verpflichtet: die Suche nach der umfassenden Befreiung aller Menschen, die im Befreiungsprozeß selbst ihre Subjektivität erkämpfen und darin nicht einem Zweck-Mittel-Pragmatismus unterworfen werden dürfen. In Korrespondenz dazu anerkennt die Befreiungstheologie zwar die dem Politischen eigene Folgerichtigkeit und Logik, will sie aber nicht von einer ethischen Beurteilung ausschließen. Auf dem Hintergrund solcher Überlegungen, von denen Ellacuría ausdrücklich sagt, daß sie die Zweideutigkeiten und Unsicher-

heiten des Politischen nie endgültig ausräumen können, prüft er politische Ziele (z. B. die Beziehung zwischen Marxismus und Christentum, die Überwindung der Dependenz der lateinamerikanischen Staaten) wie auch die ethische Beurteilung politischer Praxis (Revolution und revolutionäre Gewalt).⁵ Erst unter diesen Bedingungen vermag für Ellacuría der Christ in der Hinwendung zur Geschichte und ihren Kämpfen das Wort Gottes zu erkennen und zu verstehen in seiner prophetischen, die gegenwärtige Unfreiheit denunzierenden wie in seiner utopischen, eine neue Zukunft ermöglichenden Kraft.

Nikolaus Klein

⁵ I. Ellacuría, Theologie der Befreiung und Marxismus. Grundlegende Reflexionen, in: P. Röttländer, Hrsg., Theologie der Befreiung und Marxismus. Münster/Westf. 1986, S. 77–108; Ders., La teología de la liberación frente al cambio sociohistórico de América Latina, in: Revista latinoamericana de teología 4 (1987), S. 241–263; Ders., Utopía y profetismo desde América Latina, in: ebenda 6 (1989), S. 141–184.

Tagebuch aus dem Warschauer Getto

Adam Czerniaków 1939–1942

Die Ausgabe, die hier angezeigt werden soll, ist eine von *Silke Lent* besorgte Übersetzung und kürzende Bearbeitung des Anmerkungsapparats der polnischen Ausgabe von *Marian Fuks*¹. Für den des Polnischen unkundigen Nichthistoriker ist diese Fassung zumindest ein *documentum humanitatis*: Man erfährt von der Handlungsweise vieler Akteure und bekommt gelegentliche Einblicke in des Verfassers Denken und Fühlen. Sehr zahlreich sind die an sich trockenen Daten: Der Historiker kann sie wissenschaftlich auswerten, der Laie mit Hilfe seiner Einbildungskraft daraus ein Bild des Elends entwerfen. Dafür ein Beispiel: 1940 wurden 30% der gesamten Bevölkerung Warschaus auf 2,4% der Wohnfläche zusammengedrängt: Deutsche bekamen an Nahrung 2310 Kalorien, Polen 654, Juden 184.

Wer war *Adam Czerniaków*? 1880 im damals russischen Warschau geboren. Ingenieurdiplom 1908, weitere Studien in Warschau und Dresden: später Lehrer an der Fachschule der jüdischen Gemeinde in Warschau, Mitarbeiter der «Zentrale der jüdischen Handwerker in Polen», Mitglied des Warschauer Stadtrats und des von den Behörden ernannten Vorstands der jüdischen Gemeinde. Czerniaków verfügte über eine große allgemeine Bildung, die in seinem Tagebuch immer wieder zutage tritt. Mit seiner jüdischen Bildung war es freilich gar nicht weit her, und das mag seinem Ansehen bei den jüdischen Massen ebenso geschadet haben wie seine liberalistische Amtsführung. Zwar entstammte Czerniaków dem Mittelstand; seine Kindheit muß aber schwer gewesen sein. Dieser Schule des Duldens schreibt er seine Ausgeglichenheit und Selbstbeherrschung zu – Eigenschaften, deren ein Mann in seiner Stellung im höchsten Maße bedurfte: Es ist eine auch in diesem Buch belegte Erfahrungstatsache, daß äußerer Druck die Menschen nicht besser macht.

Vorsitzender des «Judenrates»

Ein untrügliches Zeichen seiner Bildung ist Czerniakóws schier unfassbare Zurückhaltung im Urteil über Menschen. Er kann sich allerdings sehr scharf (nie vulgär) über Juden äußern, deren Geschäftsgebaren und Umgang mit den Deutschen ethischen Anforderungen nicht genügen. Von seinen Gegenspielern bei der Besatzungsmacht rapportiert er nur nüchterne Tatsachen; deren Sprache ist deutlich genug. Hierfür nur ein Beispiel: Im März 1940 hatten sich jüdische Zwangsarbeiter um sechs Uhr früh einzufinden. Wer zu weit

entfernt wohnte, konnte wegen der Ausgangssperre nicht pünktlich sein und wurde an Ort und Stelle mit Peitschenhieben bestraft. SS-Oberscharführer *Mende* besorgte das so gründlich, daß seine Reitpeitsche repariert werden mußte – auf Kosten der jüdischen Gemeinde. Vergeblich wird man jedoch bei Czerniaków ein Epithet für Mende suchen. Bloße Vorsicht kann das nicht gewesen sein; sonst hätte Czerniaków auch Kollaborateure schonen müssen.

Ist Czerniaków zum Vorsitzenden des vom Generalgouverneur *Hans Frank* verfügten «Judenrates» ernannt worden oder hat er dieses Amt aus freien Stücken übernommen? Die Quellen scheinen verschiedene Angaben zu liefern: Gewiß ist, daß Czerniaków seine Aufgabe vollkommen ernst genommen hat: als politisch wacher Bürger, mit dem Ethos des Angehörigen einer bürgerlich-liberalen Führungsschicht und mit dem methodischen Effizienzdenken des Ingenieurs.

Wie und unter welchen Umständen Czerniaków handelte, soll an zwei Beispielen dargetan werden. Ein deutscher Zivilbeamter (erst 1942 übernahm die SS das Kommando ganz) sagt zu ihm: «Sie sind ein ziemlich anständiger Mensch. Aber umgeben sind Sie von Lumpen.» Czerniaków widerspricht energisch. Auf das Verlangen des Beamten, Czerniaków solle Beauftragte für die Verwaltung der Häuser ernennen, antwortet er mit dem Hinweis, er wolle es «aus Verantwortungsgefühl vermeiden, Menschen auszusuchen, die er nicht kenne» (S. 137).

Am 24. Dezember 1941 erging der Befehl, sämtliche Damen- und Herrenpelze bis zum 28. Dezember abzuliefern. Am 7. Januar 1942 suchte Czerniaków den Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk, *Dr. iur. Heinz Auerswald* (gestorben 1970), auf und bat um die Freilassung der Verurteilten im jüdischen Gefängnis. «Das wäre eine Entschädigung für die abgelieferten Pelze. Ich betonte, ich hätte zu diesem Zweck um ein zusätzliches Lebensmittelkontingent gebeten. Ich würde aber lieber auf die Lebensmittel verzichten, falls die Rettung so vieler Menschen in Frage komme... Ich bat ihn..., sich im Namen der Menschlichkeit... an den Gouverneur zu wenden.» Auerswald verspricht es «feierlich», nach längerem Gespräch. Zwei Tage später werden 1500 Schafspelze verlangt, lieferbar binnen einer Woche. Nun setzt ein Rennen um Menschen und Sachen ein, das nicht besser zu umschreiben ist als mit einem weiteren Zitat: «Man muß meine Nerven haben, um das auszuhalten, oder vielmehr um so zu tun, als ob man das aushielte» (S. 218). Am 4. Februar endlich wird die Freilassung genehmigt.

Die Idee, benötigte Dinge (hier Pelze für den Rußlandkrieg, später: Lastwagen) gegen Menschen einzutauschen, scheint

¹ Im Warschauer Getto. Das Tagebuch des Adam Czerniaków 1939–1942. Mit einem Vorwort von Israel Gutman. Verlag C. H. Beck, München 1986, 303 S.

hier bereits aufzutauchen. Aber 1942 war an eine echte Freilassung von Menschen wohl kaum ernstlich gedacht; die Erfahrungen der folgenden zwei Jahre sollten denn auch noch in der Endphase des Krieges erhebliche Skepsis wecken.

Die jüdische Träne

Die Befürchtung, es könnte ein Getto geschaffen werden, verdichtet sich im Herbst 1940; ausgerechnet am Versöhnungstag wird Czerniaków mitgeteilt, es werde ein Getto errichtet, «im Namen der Menschheit und auf höheres Geheiß». Schon ein Jahr später erfüllt sich des bereits erwähnten Auerswald Drohung, der Ring um das Getto werde so eng gezogen werden, daß die Menschen nach und nach aussterben. Wie Auerswald taktiert, zeigt Czerniakóws Aufzeichnung vom 8. April 1942: Eine Bitte um Freilassung von Inhaftierten nimmt Auerswald «unverbindlich» entgegen und kommt sogleich mit Vorhaltungen wegen des Schutts auf den Straßen. Czerniakóws Hinweise werden weder angenommen noch abgelehnt; stattdessen weicht Auerswald unvermittelt auf andere Vorwürfe aus. «Wie üblich endete das Gespräch ergebnislos» (S. 241).

Am 19. Januar 1942 erfährt Czerniaków, Auerswald sei nach Berlin gerufen worden; dunkle Ahnungen erfüllen ihn. Obwohl Auerswald selber nicht an der Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 teilnahm, hatte seine Reise vermutlich etwas damit zu tun. Unter dem 31. Januar 1942 schreibt Czerniaków: «*Probst* (Abteilungsleiter bei Auerswald) erklärte heute im Zusammenhang mit einer gewissen Rede, den Juden stünden schwere Zeiten bevor» (S. 222). Am 19. Juli 1942 erklären sämtliche deutschen Amtsträger Gerüchte über eine bevorstehende «Aussiedlung» für «Quatsch» und «Unsinn» und veranlassen Czerniaków, die Leute zu beruhigen; am 22. ergeht der Befehl (durch Geiselnahme unterstrichen), innert sechs Stunden zunächst sechstausend Menschen zum Abtransport bereitzustellen; es gelingt Czerniaków, für etliche Menschen noch Schonung zu erwirken. Tags darauf verlangt man einen Kindertransport. Diesen zu verhindern gibt es keine Möglichkeit; den Befehl auszuführen verbietet sein Gewissen und seine immer wieder bezeugte Liebe zu den Kindern. So scheidet Czerniaków aus dem irdischen Leben.

Den Schweizer Leser wird es interessieren, daß laut Notiz vom 2. April 1942 «Schweizer Offiziere» bei Auerswald waren und

sich über das Getto berichten ließen. Handelte es sich um Oberstdivisionär *Birchers* Ärztemission?

Im Laufe desselben Monats wurden Zigeuner ins jüdische Gefängnis geworfen; auch um sie hat sich Czerniaków persönlich gekümmert. Ferner kamen etwa zweitausend Juden aus Deutschland ins Getto. Unter ihnen waren offenbar auch Getaufte. Jedenfalls war ein Pastor dabei, der die jüdische Gemeinde um die Erlaubnis bat, Gottesdienste abzuhalten: «Auf die Frage, weshalb er in die Gemeinde komme, entgegnete er, in den heutigen schweren Zeiten könne man sich nicht mit einem Gott begnügen» (S. 245).

Von religiösen Dingen ist, wie schon angedeutet, in diesen Tagebüchern kaum die Rede. Ein Passus sei jedoch zitiert, weil er – Gott sei's geklagt – eine gewisse Aktualität behalten zu haben scheint. «Ich habe Priester *Poplawski*, der mich seinerzeit wegen Hilfe für Christen jüdischer Herkunft aufsuchte, einen Gegenbesuch abgestattet. Er sagte, daß er den Finger Gottes dabei spüre, daß Gott ihm einen Platz im Getto anwies; daß er nach Kriegsende als derselbe Antisemit aus dem Getto herausgehen werde, als der er hineingegangen sei; daß die bettelnden Juden (Kinder) große schauspielerische Fähigkeiten hätten und ebenso fähig dazu seien, sich als Leichen auf der Straße zu verstellen» (S. 172, 24. Juli 1941). Am 2. Juli 1942 machte die Religionskommission Czerniaków darauf aufmerksam, daß in den folgenden drei Wochen Veranstaltungen mit Musik und Gesang unterbleiben sollten. (Es handelt sich um die Zeit vor dem Tag, an dem die Juden der Tempelzerstörung gedenken.) Zum Vertreter der Religionskommission «sagte ich, was ich oft wiederhole, daß «man mit Tränen keine Uhr aufziehen kann» (*Dickens*). Darauf antwortete er, die jüdische Uhr könne man gerade mit Tränen aufziehen. Mit diesen Worten hat er mich nicht erbaut» (S. 273). Ist Adam Czerniaków nicht durch diese Worte doch erbaut worden, ohne sich dessen bewußt zu sein? Wohl hat er handeln müssen, als hätte *Dickens* recht; aber war nicht letztlich doch die jüdische Träne (etwa Czerniakóws Tränen nach dem Gespräch mit jüdischen «Kindern aus der Verwahranstalt ... lebendige Knochengeriippe ... redeten mit mir wie Erwachsene – achtjährige Bürger», S. 266) das *movens*, das die jüdische Uhr in Gang hielt, über seinen physischen Tod hinaus? Es ziemt sich, den Bericht über dieses abgerissene Leben mit einer Frage abbrechen.

Simon Lauer, Luzern

DDR – DAS ENDE DER GEDULD

Die Uhren gehen plötzlich schneller. In einem Land, das für seinen gemächlichen «sozialistischen Gang» bekannt war, überstürzen sich die Ereignisse. Am 3. November verkündet der neue SED-Chef *Egon Krenz* ein «Aktionsprogramm» zur dringend notwendigen Erneuerung des Sozialismus in der DDR. Von nun an soll «der mündige Bürger» im Mittelpunkt der Politik stehen. Bereits einen Tag später wird Krenz von eben diesen mündigen Bürgern auf den Straßen Berlins überholt. Der Versuch, das Gesetz des Handelns für die SED zurückzugewinnen, scheitert an der Ungeduld, der Phantasie und politischen Kultur einer runden Million Menschen, die an jenem unglaublichen 4. November auf dem Alexanderplatz für einen wirklichen Neuanfang in der DDR demonstrieren.

«Demokratie jetzt oder nie» heißt die Devise. «Die Vernunft der Straße» (*Christoph Hein*) fördert den lauten Widerspruch gegen ein streng gehütetes Tabu des «realen Sozialismus» zutage: gegen den Anspruch der SED auf die führende Rolle im Staat. Originalton Alex: «Der Führungsanspruch einer Partei darf nicht durch Gesetz verordnet, er muß erarbeitet werden. Auch politische Parteien unterliegen dem Leistungsprinzip.» Wie ein Platzregen kommt nun plötzlich Demokratie über das

Land. Die Zeitungen der Blockparteien, bisher vorwiegend als Einwickelpapier genutzt, werden von Tag zu Tag spannender, und auch die SED-Blätter üben sich in «Glasnost». Die Menschen müssen ihre Fernsehgewohnheiten ändern, denn die «Aktuelle Kamera» des DDR-Fernsehens wartet allabendlich mit politischen Neuigkeiten auf; hier gibt es aus erster Hand, was ARD und ZDF auch nur nachsprechen können. In vier Wochen ist mehr passiert als in den letzten vierzig Jahren. Das zeigt Wirkung. Am 7. November tritt die Regierung zurück, am 8. November das Politbüro der SED, das eigentliche Machtzentrum. «Die SED läuft dem Volk hinterher», ruft zornig ein Genosse ins Mikrofon vor dem Haus des Zentralkomitees.

Am Abend des 9. November folgt das bislang dramatischste Zeichen: die DDR öffnet ihre Grenze. Unter Jubel und Tränen strömen Tausende noch in der Nacht in Richtung Westen. Die Mauer, das häßlichste Symbol der Abgrenzung, ist nach 28 Jahren buchstäblich über Nacht politisch funktionslos geworden, ein Fossil des kalten Krieges. Doch trotz Öffnung geht die Erosion der Macht unaufhaltsam weiter. Die Partei gesteht ihr «großes Demokratiedefizit» ein; ihre Führungsrolle müsse

nun völlig neu definiert werden. Ist das Ende der Geduld mit der alten Politbürokratie auch schon der Anfang der Hoffnung auf einen neuen, demokratischen Sozialismus?

«Wer sich verspätet...»

Ein wichtiges Stichwort kam von außen, höflich, aber deutlich. Staatsgast *Michail Gorbatschow* brachte es am 7. Oktober als Geschenk zum 40. Jahrestag der DDR mit nach Berlin: «Wer sich verspätet, den bestraft das Leben.» Verspätung hatte die Partei- und Staatsführung der DDR zu diesem Zeitpunkt schon mehr als genug, uneinholbar viel, um noch Anschluß an den Reformprozeß in Osteuropa zu finden, wie viele meinten. Und bestraft wurde zunächst nicht die Partei, sondern das ganze Volk. Als Folge ihrer Unbeweglichkeit waren seit Anfang September Tausende «illegal» über die offene ungarisch-österreichische Grenze oder über die bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau «ausgereist». Mit leichtem Gepäck, fröhlich winkend wie auf einem Schulausflug, verabschiedeten sich die überwiegend jungen Leute vom «Sozialismus in den Farben der DDR». Einen «menschlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und auch emotionalen Aderlaß ersten Ranges» nannte der sächsische Landesbischof *Johannes Hempel* (Dresden) unlängst diese Massenflucht. Er konnte nicht wissen, daß es nach dem 1. November noch schlimmer kommen sollte. Tatenlos sah die SED-Führung diesem Massenexodus zu, und in völliger Verkennung der Lage ließ sie noch Mitte September im «Neuen Deutschland» verkünden, man solle «den Menschen, die uns verlassen, keine Träne nachweinen». Zynischer ließ sich der zwischen Regierung und Volk entstandene Vertrauensverlust nicht mehr dokumentieren. Die Lücken, die die Ausgereisten hinterlassen, werden täglich spürbarer. Nach offiziellen Angaben fehlten Anfang November allein in den medizinischen Einrichtungen der Hauptstadt Berlin 1100 Ärzte und Krankenschwestern. «Jeder, der geht, nimmt ein Licht mit. Langsam wird es dunkel», schrieb jemand in das Gästebuch der Leipziger Nikolaikirche.

«Wir sind das Volk!»

Die «Wende» kam nach der Jubelfeier, plötzlich und anders, als die SED sie jetzt, sechs Wochen danach, dem erstaunten Publikum noch immer zu verkaufen sucht. Nicht die Einsicht der Regierenden, sondern der Mut und die Weisheit des Volkes haben die DDR in diesem Herbst davor bewahrt, nach Jahren der Stagnation vollends in einen Zustand der Friedhofsruhe zu versinken. Im Anschluß an das seit 1980 in Leipzig praktizierte ökumenische Friedensgebet in der Nikolaikirche zogen auch am 9. Oktober wie jeden Montag Tausende durch die Leipziger Innenstadt. Doch nicht mehr die bis dahin vorherrschenden Sprechchöre der Ausreisewilligen «Wir wollen raus» bestimmten die Szene, sondern der Ruf «Wir bleiben hier». Über 70 000 demonstrierten an diesem Abend friedlich für Reformen im Lande. Es kam nicht zur befürchteten gewalttätigen Konfrontation zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften wie noch in der Woche zuvor am Hauptbahnhof in Dresden oder bei den Übergriffen der Polizei gegen friedliche Demonstranten und völlig Unbeteiligte am 7., 8. und 9. Oktober in Berlin, Dresden und Halle. Das Land erlebte die erste, gewaltfreie Demonstration dieser Größenordnung, und die Menschen ahnten an diesem Abend wohl zum erstenmal etwas von der angstüberwindenden, verändernden Kraft gewaltfreien Widerstehens.

Die offizielle Staatsdoktrin der DDR wurde in jenen Tagen auf vielen Straßen und Plätzen vom Volk beim Wort genommen. Die «Werkstätigen in Stadt und Land», von denen laut DDR-Verfassung die politische Macht im Staate ausgeht, befreiten sich aus der ideologischen Bevormundung durch die SED und probten den aufrechten Gang. Zum Erschrecken der privilegierten Politbürokratie praktizierten sie genau jene Volkssouveränität, die ihre Verfassung vorsieht. Und in dem Maße,

in dem der «Führungsanspruch der Partei» in Sprachlosigkeit zerfiel, fanden Menschen ihre Sprache wieder. «Wir sind das Volk», «Neue Männer braucht das Land», «Staatssicherheit für alle!», «Die Wahrheit wird gelebt, nicht gelehrt», lauten die Parolen. Menschen stehen Schlange vor Mikrofonen und äußern sich unverblümt zu jahrelang unter den Teppich gekehrten Problemen. Innerhalb weniger Wochen hat sich die DDR in ein großes Bürgerpodium verwandelt, auf dem Menschen mit wachsendem Erstaunen ihre politische Subjektwerdung erleben.

Nicht länger mit der Lüge leben

Nach den Gründen für diesen Wandel muß man nicht lange suchen. Sie liegen in der Unmöglichkeit, auf Dauer und gegen alle Erfahrung mit der Lüge zu leben. Der Widerspruch zwischen der von den Menschen erlebten und in den Medien vorgestellten Wirklichkeit hat den «realen Sozialismus» in der DDR um seinen letzten Rest Glaubwürdigkeit gebracht. Fehlender Mut zur Wahrheit blockierte längst fällige Reformen und führte in eine krisenhafte Zuspitzung in allen Bereichen der Gesellschaft, vor allem in der Wirtschaft. Die «Disproportionen» zwischen Leistung und Entlohnung, zwischen Geldumlauf und Warenangebot, zwischen Bedürfnissen und der Möglichkeit ihrer Befriedigung wuchsen ins Bedrohliche. Jeder sah, daß der Kaiser nackt ist, aber die Ignoranz der Führung «entsorgte» die Gesellschaft von allen Problemen. Und auch die gewohnte «doppelte Sprache» der Bürger – eine für die Öffentlichkeit, eine fürs Private – verhinderte eine Konversion zur Wahrheit. «Wie konnte es nur geschehen, daß wir so lange in einem falschen Schein gelebt haben?» fragen jetzt viele.

Wiederholte Erklärungen des Politbüros, die DDR habe keinen Reformbedarf und die «Gesellschaftsstrategie der Partei» zeige den Weg, um mit den entstandenen «Widersprüchen» fertig zu werden, erzeugten eine tiefe gesellschaftliche Depression. Immer mehr Menschen sahen für sich und dieses Land keine Zukunft mehr. Ihr Weggang zu Tausenden war und ist das schmerzlichste Symptom der Krise, in die die SED das Land nach vierzig Jahren «geführt» hat.

«Wendehälse» nicht gefragt

Am 18. Oktober mußte *Erich Honecker* gehen, und Egon Krenz kam. Aber die vielberedete «Wende» war das noch nicht, bestenfalls ihr Wetterleuchten. Wenig sensibel und allzu «wendig» versuchte Krenz, den Vertrauensverlust der SED im Volk durch forsche Rhetorik wettzumachen. Sein Bekenntnis vom 18. Oktober, die Partei habe die gesellschaftliche Entwicklung «nicht real genug eingeschätzt», offenbart im Lichte der Dynamik der Ereignisse vor allem den Wirklichkeitsverlust der Partei, nicht aber Einsicht in die Ursachen. Die SED werde «vor allem die politische und ideologische Offensive wiedererlangen», war zu vernehmen. Aber das war, wie sich inzwischen zeigte, ideologisches, auf Machterhalt zielendes Wunschdenken. Der schnell eingeläutete Dialog mit allen Bürgern trug den Charakter einer Kampagne, wie es schon viele gab, seit es die DDR gibt. Die Menschen blieben mißtrauisch.

Am Abend des 19. Oktober erklärten prominente Persönlichkeiten der SED in der ersten Life-Sendung des DDR-Fernsehens mit telefonischen Zuschauerfragen, der Zustand «langer Sprachlosigkeit» der Parteiführung sei beendet worden. Mit Verwunderung registrierten die Bürger vor den Bildschirmen die erstaunliche Wandlungsfähigkeit ihrer politischen Vordenker. Warum war von so viel analytischem Sachverstand nicht schon früher etwas zu merken? Auf dem Berliner Alex warnten am 4. November andere Prominente vor den «Wendehälsen», vor solchen, die lediglich ihren Sessel um 180 Grad gedreht haben. Ihrer gibt es jetzt viele. Nicht ohne Grund fordert das Ensemble des Maxim-Gorki-Theaters revolutionä-

re Maßnahmen, «um das konservative Kontinuum zu beenden». Sogar Ex-Staatssicherheitschef *Markus Wolf* denkt öffentlich über die Wiedergewinnung verlorengegangenen Vertrauens nach; Worte wie «Dialog» und «Wende» dürften jetzt nicht wieder «zu blankgeputztem Blech entwertet» werden.

Die Schriftstellerin *Christa Wolf* schlägt vor, statt von «Wende» von «revolutionärer Erneuerung» zu sprechen. Die Veränderungen in der DDR wirkten von unten nach oben und stellten die sozialistische Gesellschaft «vom Kopf auf die Füße». «Die Wendigen sind wir», ist auf einem Plakat zu lesen. «Konjunkturelles Reformertum» ist nicht gefragt, hilft dem Land auch nicht weiter.

Mit dem Rücken zur Wand und «das Gesicht dem Volke zugewandt» (Krenz am 18. Oktober) versucht die SED zu retten, was nicht mehr zu retten ist. Zu spät. Das Volk will dieses Gesicht nicht mehr sehen. Und Egon Krenz ist für die Menschen in der DDR kein Hoffnungsträger des Neuanfangs. Mit seinem Namen verbinden sich schlechte Erfahrungen. Als Vorsitzender der Wahlkommission der DDR trägt er die politische Verantwortung für den vielfach belegten Wahlbetrug bei den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989. Die chinesischen Führer, die ihre Demokratiebewegung zusammenschossen, versicherte er noch Ende September der Solidarität der SED bei der «weiteren Stärkung des Sozialismus». Und als Zuständiger für innere Sicherheit war er verantwortlich für den brutalen Polizei- und Staatssicherheitseinsatz gegenüber friedlichen Demonstranten und Unbeteiligten zwischen dem 7. und 9. Oktober.

Chile auf dem Prenzlauer Berg

Diese geplante Eskalation staatlicher Gewalt gegen das eigene Volk hat schlimme Erinnerungen geweckt. Zahllose Menschen wurden im Rahmen polizeilicher «Zuführungen» geschlagen, psychisch terrorisiert und ihrer Würde beraubt. Die Bilder von der Mahnwache für die zu Unrecht Inhaftierten in Leipzig und anderen Städten vor und in der Berliner Gethsemanekirche gingen um die Welt. Fasten, Beten und brennende Kerzen hatten einen «Ort» mitten im Zentrum der Auseinandersetzungen. Viele von denen, die am Abend des 7. und 8. Oktober aus dieser Kirche kamen, gerieten in den «Kessel» der Sicherheitskräfte und wurden selber zu Opfern. Sie wurden gejagt, mit Gummiknüppeln geprügelt, auf LKW verladen, mußten stundenlang mit dem Gesicht zur Wand in der Kälte stehen, mußten sich nackt ausziehen, wurden angebrüllt und schikaniert. «Zu mir haben sie gesagt, daß sie uns auf die Müllkippe fahren», sagte ein Mädchen zu einem ebenfalls «Zugeführten».

In mehreren Dokumentationen sind die Gedächtnisprotokolle und Erlebnisberichte der Betroffenen von kirchlichen Gruppen gesammelt und veröffentlicht worden. Sie vermitteln ein erschütterndes Bild von den Übergriffen der Sicherheitskräfte. Kirchenvertreter haben diese Dokumentationen den zuständigen staatlichen Stellen übergeben mit der Forderung nach rückhaltloser Aufklärung, Bestrafung der Schuldigen, Wiedergutmachung an den Opfern und klaren Konsequenzen der politisch Verantwortlichen. Eine unabhängige Untersuchungskommission wurde wiederholt gefordert.

Auf einer internationalen Pressekonferenz am 23. Oktober erklärte *Wolfram Hüsemann*, Stadtjugendpfarrer von Berlin, man habe die Veröffentlichung der Erlebnisberichte beschlossen «in der Erkenntnis, daß der gravierende Mißbrauch staatlicher Macht und die schrecklichen Erfahrungen der Betroffenen nur angemessen bearbeitet werden können, wenn sie rückhaltlos offengelegt werden. Wir veröffentlichen diese Berichte, weil die Medien unseres Landes diesen Bereich staatlicher Machtausübung noch immer verschleiern, vertuschen oder verharmlosen. Wir veröffentlichen nicht zuletzt, weil wir auf Fragen, nicht nur unserer Kinder, nicht sagen können, wir hätten von all dem nichts gewußt.»

Das Wissen um die Ereignisse jener Tage und Nächte macht es vielen, vor allem jungen Menschen in der DDR unmöglich, an den jetzt «von oben» verkündeten Neuanfang zu glauben. Die DDR, die für sich in Anspruch nimmt, der erste antifaschistische Staat auf deutschem Boden zu sein, hat in jenen Oktobertagen ihre antifaschistische Unschuld verloren. Schlimmeren Schaden konnte sie nicht nehmen. Durch die tiefe Traumatisierung der Betroffenen hindurch bewahrheitet sich aber auch ein Wort von *Christoph Hein*: «Das Volk wurde am 7./8. Oktober zum aufrechten Gang geprügelt.»

Nachholbedarf an Rechtsstaatlichkeit

Kaum ein Begriff kennzeichnet die Suche nach einem durchgreifenden Neubeginn in der DDR besser als das in diesen Tagen oft gehörte Wort «Rechtsstaatlichkeit»: eine Defizit-Anzeige, die dringenden Handlungsbedarf signalisiert. *Gregor Gysi* vom Kollegium der Rechtsanwälte in der DDR brachte es auf den Punkt: «Die beste Staatssicherheit ist immer noch die Rechtssicherheit». Gegen die Uhr soll nun alles nachgeholt werden, was in Jahrzehnten versäumt worden ist. Eine Amnestie für alle «illegalen» DDR-Flüchtlinge ist bereits in Kraft; der Straftatbestand des «ungesetzlichen Grenzübertretts» (§ 213 StGB) faktisch abgeschafft.

Amnestiert, aber nicht rehabilitiert wurden auch alle noch in Untersuchungshaft befindlichen Demonstranten, sofern sie keine Gewalt angewandt haben. Angekündigt sind neue Gesetze: Vereinigungsgesetz, Mediengesetz, Einrichtung eines Verfassungsgerichtshofes, eine Verwaltungsreform, ein Reisegesetz.

Eine umfassende Wirtschaftsreform ist beabsichtigt; nicht mehr bezahlbare Subventionen sollen gestrichen werden. Die Privilegien der Führungsschicht werden abgebaut. Umweltdaten sollen nun veröffentlicht, das Bildungswesen soll reformiert werden. Es ist so, als habe die SED plötzlich vom Baum der Erkenntnis gegessen. Seit vielen Jahren von den Kirchen immer wieder eingemahnte Forderungen scheinen sich unter dem Druck der Öffentlichkeit gleichsam über Nacht zu erfüllen: Der Wehrunterricht an den Schulen wird abgeschafft, ein ziviler Ersatzdienst soll eingerichtet werden. All das soll den Sozialismus «attraktiver» (!) und die «Wende» unumkehrbar machen.

Doch es sind abgetrotzte Zugeständnisse, die kaum noch jemanden vom Stuhl reißen. Vor einem Vierteljahr hätten sie eine politische Sensation bedeutet, jetzt erweisen sie sich als zu schmal. Die neuerlichen Karawanen von Flüchtlingen, die über die CSSR nach Bayern einreisen, machen deutlich, daß Durchgreifenderes gefordert ist. Auch der am 6. November veröffentlichte und tags darauf vom Verfassungsausschuß der Volkskammer abgelehnte Entwurf eines Reisegesetzes dokumentierte Wirklichkeitsverlust. Noch immer drängt sich zu viel Staat zwischen den Bürger und sein unveräußerliches Recht auf Reisefreiheit. Der Symbolwert des Reisenkönnens ist jäh verblaßt. «Reisen ist der Pfennig, Demokratie die Mark.»

Gesucht: ein demokratischer Sozialismus

Wichtige Fragen bleiben vorerst offen. Wie steht es um die notwendige Entflechtung von Staat und Gesellschaft, von Partei und Staat? Um eine baldige Neuwahl der Volkskammer? Um die parlamentarische Kontrolle des Staatssicherheitsdienstes? Um die Änderung des Strafgesetzbuches? Um die öffentliche Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus? Und, gewissermaßen als «Nagelprobe», um den Verzicht auf den Führungsanspruch der SED?

Die Entstaatlichung der Gesellschaft ist Voraussetzung für echte Demokratie; diese ist wiederum nur vorstellbar auf der Grundlage wirklicher Parteienpluralität und parlamentarischer Kontrolle der Regierung. Die «führende Rolle der SED» steht damit zur Disposition. Kontrolle des Volkes über den Staat und seine Sicherheitsbereiche erfordert ein verändertes Verhältnis von Politik und Recht, ein neues Verhältnis zur Wahrheit. Strukturen, die wirkliche Erneuerung verhindern, «müssen zerstört werden» (Demo 4. November).

Wird das, was dabei eines hoffentlich nicht allzu fernen Tages herauskommt, noch «Sozialismus» heißen? Die neuen politischen Vereinigungen, Bürgerbewegungen und Parteien bekennen sich zur sozialistischen Grundorientierung einer durch Reformen erneuerten DDR. Sie wollen den Sozialismus auf deutschem Boden nicht abschaffen, sondern endlich mit ihm anfangen. Der Begriff «Wiedervereinigung» kommt in ihren Texten nicht vor. Sie haben politische Bedingungen für eine zukunftsfähige DDR formuliert.

► Die Vereinigung «*Neues Forum*» als mittlerweile bekannteste Gruppierung will eine politische Plattform für den demokratischen Dialog mit allen sein, die «das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen» wollen. Das «Neue Forum» hat noch kein eigenes Programm entwickelt, sondern versteht sich als Such- und Lernbewegung für eine Gesellschaft, die gerecht, demokratisch, friedensdienlich und ökologisch ist.

► Die «*Bürgerbewegung Demokratie jetzt*» geht von einer kritischen Analyse des «real existierenden Staatssozialismus» aus. Sie fordert eine Demokratisierung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft. Dazu braucht es ein Bündnis zwischen Christen und kritischen Marxisten. «Der Sozialismus muß nun seine eigentliche, demokratische Gestalt finden, wenn er nicht geschichtlich verlorengehen soll. Er darf nicht verlorengehen, weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebensfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muß» (Aufruf 12. September 1989). «Demokratie jetzt» will keine Partei sein, hofft aber auf die Möglichkeit, eigene Kandidaten zur nächsten Volkskammerwahl aufstellen zu können.

► Die Vereinigung «*Demokratischer Aufbruch – sozial, ökologisch*» will sich noch im Dezember 1989 als politische Partei konstituieren. Sie strebt «eine erneuerte demokratische Republik» an, zu deren Kennzeichen auch der Verzicht auf die Kriminalisierung von Aktionen gehören muß, die auf die Durchsetzung der politischen Bürger- und Menschenrechte in der DDR zielen. Der «Demokratische Aufbruch» fordert u.a. einen ökologischen Umbau der Gesellschaft, die «Pluralisierung der Eigentumsformen» und ein effektiveres «Zusammenspiel von Plan und Markt».

► Die am 7. Oktober gegründete *Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP)* verfolgt die Ziele einer ökologisch orientierten sozialen Demokratie in der Tradition des demokratischen Sozialismus. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen gleichberechtigt an einem gewaltfreien politischen Leben mitwirken können.

Alle diese Gruppierungen sind erst vor wenigen Monaten entstanden. Der stürmische Gang der Ereignisse hat inzwischen zu ersten Kontakten zwischen Vertretern der SED und Vertretern dieser Gruppen geführt. Am 8. November wurde die zunächst abgewiesene Anmeldung des «Neuen Forums» als Vereinigung im Sinne der Verfassung vom Innenministerium bestätigt. Ob damit allerdings die Aussagen eines «Diskussionsmaterials» der Sektion Marxismus-Leninismus der Humboldt-Universität Berlin vom Oktober 1989 überholt sind, bleibt offen. Dort heißt es: «Es ist zu prüfen, wie oppositionellen Kräften in der Öffentlichkeit ein begrenzter legaler Raum eingeräumt wird, da ihre repressive Unterdrückung unmöglich ist und außerdem den Veränderungsprozeß grundlegend diskreditieren könnte. Dabei ist die Sicherung dieser Begrenzung mit größter Verantwortung zu gewährleisten, damit der Inhalt von Opposition auf die Entscheidung für unterschiedliche Varianten des Sozialismus reduziert wird...» Ein klares «Jein» zur Opposition, aus einem nicht mehr gedeckten Machtanspruch kommend und daher auch nicht realitätstüchtig.

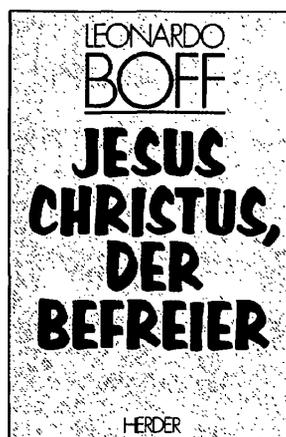
Gegenwärtig scheinen die neuen Bewegungen Mühe zu haben, für ihre differenzierte Option zugunsten des Sozialismus Zustimmung in der Bevölkerung zu finden. Ihre Popularität verdankt sich mehr dem angestauten Frust über die Mißstände im Lande als einer gezielten Auseinandersetzung mit ihren politischen Aussagen. Ein weiteres Problem besteht in der faktischen Konkurrenz, in der sich die einzelnen Gruppierungen untereinander befinden und die ihre Wirksamkeit schmälert. Ihre Inhalte und Ziele sind weitgehend identisch, ihre

Befreiung mit Geist Bücher aus Lateinamerika



Das erste in Deutsch erscheinende Buch von Jon Sobrino, einem der großen wegweisenden Befreiungstheologen. Aus dem Reichtum lateinamerikanischer Lebens- und Glaubenserfahrungen, gibt der Dogmatikprofessor an der bedeutenden Universidad Centroamericana in San Salvador Impulse für eine geistvolle Lebenspraxis. Nur eine konsequent gelebte Spiritualität bewirkt für ihn eine ganzheitliche Befreiung des Menschen. Die Spiritualität Sobrinos ist durchzogen von seinen Erfahrungen mit den armen, unterdrückten, aber tief gläubigen Menschen El Salvadors. Dies gibt seinem Buch eine Ausstrahlungskraft, die gerade europäische Christen neu inspirieren kann.

192 Seiten, Paperback, 29,80 DM/28,80 Fr.
ISBN 3-451-21091-6



„Boffs Buch setzt sich aus drei sehr unterschiedlichen, einander ergänzenden Teilen zusammen, die insgesamt einen hervorragenden Einblick geben in die lateinamerikanische Art, Theologie zu treiben“ (Die Furche, Wien).
3. Aufl., 448 Seiten, Paperback
52,- DM/49,90 Fr.
ISBN 3-451-20719-2



„Aus erster Hand wird in diesem Buch die große und spirituelle Ausstrahlungskraft der Befreiungstheologie unmittelbar erfahrbar, und zwar an ihrem zentralen Ansatzpunkt, der Christologie“ (Radio Bozen).
232 Seiten, Paperback
46,- DM/44,20 Fr.
ISBN 3-451-21149-1

VERLAG HERDER

Differenzen wirken eher marginal. Persönliche Eitelkeiten der Protagonisten, aber auch unterschiedliche Handlungsstrategien blockieren bislang ein effektives Zusammengehen. Der Ruf nach dem «Neuen Forum», allerorten zu hören, ist streng genommen kein Votum für das «Neue Forum», sondern eine Protestformel, in der sich Hoffnung auf eine echte politische Opposition in der DDR artikuliert. Er bedeutet auch: «Reformer, vereinigt euch!»

Kirchen als Wegbereiter der Erneuerung

Am Bauzaun vor der Leipziger Nikolaikirche hängt ein Schild mit rotem Pfeil: «Nikolaikirche – offen für alle». Der Hinweis enthält einen tieferen Sinn. Vieles von dem, was die Menschen in diesen Wochen auf die Straßen treibt und ihre Sprache wiederfinden läßt, hat klein und unscheinbar unter dem Dach der Kirche begonnen. Jahrelang haben die evangelischen Kirchen in der DDR eine «Stellvertreterrolle» im öffentlichen Aussprechen von unbequemen Wahrheiten eingenommen. Jetzt werden sie erstmals von dieser Rolle entlastet. Die Menschen auf den Straßen emanzipieren sich vom geschützten Raum der Kirche – ohne ihn aufzugeben. Friedensgebete, Mahnwachen, Solidaritätsveranstaltungen, Gesprächsforen und vieles mehr zeugen von der unverzichtbaren Präsenz der Kirche; sie ist mitten «im Dorf». Und viele Menschen entdecken sie jetzt ganz neu als Ort ihrer eigenen Suche nach Identität und Würde.

Beim «Gebet für unser Land» in der mit 3000 Menschen überfüllten Martinikirche in Halberstadt sprach eine junge Frau ihre Fürbitte ins Mikrofon: «Ich glaube nicht an Gott, aber ich bitte dich, Herr: Laß unsere Regierung endlich erkennen, daß nicht «Randalierer» und «asoziale Elemente» auf die Straße gehen, sondern Menschen, die eine Zukunft für unser Land wollen.»

Wie nie zuvor hat die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR Mitte September in Eisenach Klartext geredet: «Wir brauchen ... eine verantwortliche pluralistische Medienpolitik, demokratische Parteienvielfalt, Reisefreiheit für alle Bürger, wirtschaftliche Reformen...». Egon Krenz empfing den Vorstand des Kirchenbundes am 19. Oktober, einen Tag nach seiner Wahl zum SED-Generalsekretär. Das hat viele irritiert, die nicht wußten, daß dieses Gespräch schon vor dem «Machtwechsel» mit Honecker verabredet war, und die die Kirchen gern in der Rolle eines Stabilisators staatlicher Macht sehen. Nicht ganz unbegründet wird Krenz versucht haben, sie auf diese Rolle anzusprechen. Doch Landesbischof *Leich* hat wesentliche Forderungen der Bundessynode wiederholt und auf schnelle Entscheidungen und Zeichen gedrängt, «daß die beabsichtigten Veränderungen tatsächlich verwirklicht würden». Jahrelang verweigerte Gespräche zwischen Staat und Kirche, z.B. über Fragen der Volksbildung, sind nun plötzlich auf der Tagesordnung.

Katholische Kirche zieht nach

Erstaunt hat viele, daß nun auch die katholische Kirche in der DDR aus ihrer Deckung herausgetreten ist und mit eigener Stimme im landesweiten öffentlichen Gespräch vernehmbar wird. Jahrzehntlang hatte eine restriktive Interpretation der Trennung von Staat und Kirche ein konkretes, gesellschaftsbezogenes Reden blockiert. «Das oft selbstgemachte Getto» (Lothar Ullrich) scheint nun aufgebrochen. Gestützt auf einen Rahmenbeschluß der Berliner Bischofskonferenz vom 4./5. September 1989 haben inzwischen alle katholischen Bischöfe der DDR Stellung bezogen und die katholischen Christen zum Gespräch über die Ursachen der gegenwärtigen Krise und ihre Überwindung ermutigt.

Am deutlichsten tat dies der scheidende Apostolische Administrator von Magdeburg, Bischof *Johannes Braun*, in einem Hirtenwort vom 20. September: «... Warum zahlt sich Leistung bei uns so wenig aus? Warum traut man uns keine

Privatinitiative zu? Warum gibt es bei uns mehrere Parteien, wenn doch nur die *eine* Recht hat? Warum ist man in Politik und Wirtschaft nicht bereit, Fehler zuzugeben und aus ihnen zu lernen?... Wir können nicht die Bundesrepublik Deutschland kopieren. Wir können nicht den Weg gehen, den man in der Sowjetunion, in Ungarn oder in Polen geht. Wir müssen nach einem Weg suchen, der uns angemessen ist und von einer breiten Schicht der Bevölkerung mitgetragen wird. Wir müssen Mißstände beseitigen, um eine demokratische Gesellschaft zu schaffen, in der sich möglichst alle Menschen wohl fühlen können ...»

Den Bischöfen gehe es um ihre spezifische Mitverantwortung für die Menschen in Gesellschaft und Staat, schrieb der stellvertretende Vorsitzende der Bischofskonferenz, Bischof *Joachim Wanke*, im Oktober an die Priester und Diakone in der DDR. In Sprache und Argumentation deutlich vorsichtiger als die evangelischen Kirchen bezieht die katholische Kirche Position. Dabei zeigen sich viele Gemeinsamkeiten, die für die Zukunft wichtig werden könnten. Es ist sicher nicht abwegig, in diesem Zusammenhang an die positive Erfahrung der Ökumenischen Versammlung in der DDR zu erinnern, die Ende April in Dresden zu Ende ging.¹ In dieser Versammlung ist eine quer durch die Konfessionen gehende ökumenische Sensibilität für die «Zeichen der Zeit» gewachsen, die gegenwärtig unverhoffte Früchte trägt.

Neu ist noch etwas anderes: die von den Bischöfen plötzlich hoch geschätzte Eigenverantwortung der katholischen «Weltchristen». Bislang wurden ihre zaghaften Initiativen nicht gerade gefördert, ja vielfach sogar unterdrückt. Die 20jährige Geschichte des «Aktionskreises Halle» (AKH), der bisher einzigen unabhängigen und gegenüber Staat wie Kirche gleichermaßen kritischen Gruppe in der katholischen Kirche der DDR, ist auch die Geschichte einer 20jährigen Behinderung durch die eigene Amtskirche. Jetzt schreibt Bischof Wanke an die «Amtsträger»: «Wecken und unterstützen Sie alle Bemühungen unserer Weltchristen, auf dem tragfähigen Fundament eines gereiften Glaubens ihrer Weltverantwortung zu entsprechen!»

Es ist eine offene Frage, ob «unsere Weltchristen» mit solcher Unterstützung durch «ihre» Priester rechnen können. Mitunter scheint es, als bräuchten die Priester in dieser Sache die Hilfe ihrer Weltchristen dringender als umgekehrt. Wenn die Bischöfe in der DDR jetzt laut und deutlich Demokratie für das Land einfordern, sollten sie nicht vergessen, für mehr Demokratie und Mitsprache auch in der Kirche zu sorgen. Das eine bleibt unglaubwürdig ohne das andere.

Vertreter aus Kirche und Kultur sind im Augenblick noch am ehesten in der Lage, den Menschen in die Augen zu schauen und mit Autorität zu reden. Christa Wolf appellierte am 8. November im Namen von Bürgerbewegungen und Künstlern an die Bevölkerung der DDR: «Wir brauchen Sie! Die jetzt noch weggehen, mindern unsere Hoffnung!» Aus der Asche der Träume von gestern wächst Mut zum Bleiben für morgen. Nicht alle mögen das nachvollziehen.

Sie werden gehen, und niemand wird sie halten können. Aber sie müssen sich fragen lassen, ob ihre Argumente noch greifen. Die Argumente der Bleibenden sind besser. Sie haben ihre Sprache, ihre Würde, ihre Identität wiedergefunden. Mit dieser Erfahrung versuchen sie einen neuen Anfang. Es sind Menschen, die Deutsche sind und in der DDR leben wollen. Das müssen andere Deutsche in der Bundesrepublik erst noch begreifen lernen.

Keine neuen Hoffnungen ohne neue Träume: «Stell dir vor, es ist Sozialismus, und keiner geht weg!» (Abgeschlossen am 9. November 1989) *Joachim Garstecki, Teltow/DDR*

¹ Vgl. J. Garstecki, Umkehr in den Schalom Gottes. Zum Abschluß der Ökumenischen Versammlung in der DDR, in: Ökumenische Rundschau 38 (1989), S. 448–454; Orientierung vom 31. Oktober 1989, S. 213 und 224.

Auch die Vorgeschichte bedenken

Zu Ernst Schulin, «Die Französische Revolution»

Die Tageszeitung «Le Monde» bringt in diesem Jahr zum Bicentenaire eine monatlich erscheinende, 32 Seiten starke Sonderausgabe «Le Monde de la Révolution française» heraus, in der wichtige Beiträge angesehener Forscher wie *François Furet*, *Mona Ozouf*, *Michel Vovelle* zu finden sind und natürlich auch zahlreiche Hinweise auf die schier uferlose Literatur. Diese äußerst lesenswerten, keineswegs kritiklosen Hefte enthalten bisweilen Rezensionen unter dem Pseudonym *Féronia*; der Titel der Folge lautet: «J'ai lu tous les livres». Diese Ironie gilt in geringerem Maße auch für die deutschsprachige Revolutionsliteratur, die teils aus Reprints, teils aus Übersetzungen, teils freilich auch aus Neuerscheinungen besteht. Mag sein, daß die Historiker immer noch alle Bücher gelesen haben oder wenigstens versuchen, alles lesen zu lassen; der interessierte Zeitgenosse muß rigoros auswählen, und das zumeist ohne Kriterien, so daß also hier wie anderswo der Zufall das Wissen diktiert. Als Nichthistoriker kann ich diesem Dilemma natürlich nicht abhelfen; so erlaube ich mir, trotz bleibender Zufälligkeit und Subjektivitätsmomente auf ein Werk des Freiburger Historikers *Ernst Schulin* hinzuweisen, das mir bei dem Versuch, in der Menge des Angebotes eine übersichtliche Darstellung zu finden, als sehr klar und hilfreich erschien.¹

Der besondere Vorzug dieses nicht zu umfangreichen Werkes liegt darin, daß es die verschiedenen Perspektiven des Revolutionsgeschehens zur Geltung kommen läßt: politische, juristische, ökonomische, gesellschaftliche, philosophische, religiöse, kirchliche, kulturelle. Wichtiger als der ohnehin zum Scheitern verurteilte Versuch, ein Buch wie das vorliegende im Rahmen einer Besprechung «zusammenzufassen» – Schulin ist übrigens der optimistischen Auffassung, die «Revolutionsergebnisse» seien «umrißhaft... jedem bekannt» (53) –, dürften hier die Beschreibung seines Aufbaus und die Hervorhebung einiger, vorwiegend methodischer Aspekte sein.

Geschichtsauffassung und Methode

Nachdem der Verfasser in seiner Einleitung die Verwendung des Revolutionsbegriffs in der europäischen Geschichte nachgezeichnet hat, gliedert er seine Darstellung in vier Teile. Der erste behandelt die «Geschichte der Geschichtsschreibung über die Französische Revolution» (22–51); die vorzügliche Übersicht über die verschiedenen methodischen und ideologischen Ansätze seit Beginn dieser Geschichtsschreibung (schon Ende des 18. Jahrhunderts) bis in die Gegenwart² ist nicht nur ein nützlicher «Führer» durch die den Laien irritierende Bücherfülle, sondern wirft grundsätzliche theoretisch-geschichtsphilosophische Probleme auf, die Bewertung und Wertbarkeit der Revolution und damit auch die vieldiskutierte Frage der Möglichkeit «objektiver Geschichtsschreibung» überhaupt betreffen. Der zweite Teil des Buches schildert den «Tatbestand» (53), d. h. den «Verlauf der Revolution 1788/89 bis September 1792» (52–122), also bis zur Abschaffung des Königtums und der Errichtung der Republik, bevor der dritte Teil unter dem Titel «Zur Vorgeschichte der Revolution» (123–190) die vielfältigen Ursachen und der vierte «die Revolution vom September 1792 bis 1799» untersucht. Eine Schlußbetrachtung sowie der Anmerkungsenteil, eine zehn Seiten umfassende «Auswahlbibliographie», eine Zeittafel, Personen- und Sachregister runden den Band ab (250–285). Sympathisch

wirkt, daß sich Schulin der Schwierigkeiten seiner Vorgehensweise bewußt ist und unpräntiös von diesem materialreichen Buch sagt, es sei «nur ein Versuch» (53).

Nicht nur in bezug auf die Methode der historischen Darstellung, sondern auch für die heutige Beurteilung der Revolution hängt zweifellos vieles, wenn nicht alles davon ab, wie man deren «Vorgeschichte» interpretiert und bewertet. Schulin analysiert sie übersichtlich und nüchtern unter vier leitenden Gesichtspunkten: der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, der Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, der Ideen- und Mentalitätsgeschichte sowie der Außenpolitik. Da über den «Verlauf» der Revolution im Jahre 1789 zur Zeit aus den Medien vieles zu erfahren ist und das Bicentenaire sicherlich nicht ab Januar 1990 erledigt sein kann, sondern sich, in welcher Form und Intensität auch immer, über die Entwicklung zur Terreur von 1792 bis 1794, die Politik des Direktoriums bis hin zu Napoleon erstrecken wird, so daß noch eine Menge von Informationen auf uns zukommt, mag es nützlich sein, die Aufmerksamkeit auf die Vorgeschichte der Revolution zu lenken, zumal diese Vorgeschichte mindestens ebenso sehr mit Voreingenommenheit beurteilt wird wie das Revolutionsgeschehen selbst.

Wenn man sich einer Geschichtsauffassung anschließt, die (vulgär-)marxistisch, «sozialgeschichtlich», «strukturgeschichtlich» oder auch im Sinne des konservativen Organismusmodells prozediert, so gerät man – wenngleich auf jeweils ganz verschiedene Weise, was die Einschätzung der die Geschichte bestimmenden «Faktoren» und «Subjekte» betrifft – in jedem Falle in die Versuchung zum «Determinismus»; auch wenn man diesen nicht strikt als «Gesetz» verstehen und insofern simplifizieren würde, müßte man doch sagen, daß es jenen Interpretationsansätzen zufolge letztlich so hat kommen müssen, wie es kam. Folgt man dagegen einer mehr oder minder naiv-personalistischen Anthropologie, so verliert die Vorgeschichte an Bedeutung, insofern man hier die Revolution primär aus den konkret-politischen Handlungsweisen und -absichten der Beteiligten hervorgehen läßt, die auch anders hätten agieren können, wenn sie nur gewollt hätten; aus der Sicht der heutigen Humanwissenschaften und philosophischen Anthropologie möchte man meinen, eine solche Deutung habe sich erledigt. Doch wie dem auch sei, man kann diese Vorgeschichte (wie jede) nur als ein historisch und philosophisch unauflösbares Ineinander von disponierenden bzw. «determinierenden» Faktoren und schwer oder überhaupt nicht lokalisierbaren, aber auch nicht definitiv auszuschließenden «Freiheitsanteilen» verstehen. Dieses methodische Postulat mag im einzelnen zu unlösbaren Problemen führen, aber das wäre immer noch besser, als die Vorgeschichte überhaupt nicht oder nur sehr fragmentarisch bzw. einseitig zu behandeln.

Ideen- und Mentalitätsgeschichte

Schulin hat somit methodisch und sachlich völlig zu Recht den dritten Teil seines Buches einer breit angelegten Analyse der Vorgeschichte gewidmet. In dem Abschnitt über die Ideen- und Mentalitätsgeschichte unterscheidet er zwischen langfristiger, mittelfristiger und kurzfristiger «Einwirkung». Der Vorteil einer solchen, für alle Bereiche der Vorgeschichte hilfreichen Unterscheidung liegt, ungeachtet einiger Zuweisungsschwierigkeiten, darin, daß man nicht genötigt wird, allzu weit in die Vergangenheit zurückblicken zu müssen (also noch hinter das Ancien régime zurück) und daß man in der Rückschau nachvollziehbare Zusammenhänge erkennt, die bei der Fixierung auf die Handlungen und Handlungsmotive der Dramatis personae zumeist verlorengehen.

¹ Ernst Schulin, *Die Französische Revolution*. Beck Verlag, München 1988, 285 S.

² Vgl. auch den Artikel von E. Schmitt, *Die Französische Revolution von 1789. Grundpositionen der Deutung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Beilage zur Wochenzeitung «Das Parlament») vom 26.5.1989, S. 3–13.

So ist es beispielsweise philosophisch (um nur davon zu sprechen) völlig berechtigt und unbestreitbar, daß, wie Schulin klar und überzeugend darlegt, von den «Aufklärungsphilosophen» langfristige, von Akademien, Zirkeln, Salons und Logen, von dem Erscheinen der großen «Enzyklopädie» (seit 1751) und insbesondere von der Kenntnisnahme der «Erfahrung Amerika» mittelfristige und von den vielen politischen Clubs, die seit den siebziger und achtziger Jahren in Frankreich entstanden, kurzfristige Einwirkungen ausgingen. Wenn ich diese im Grunde nicht überraschenden Feststellungen hier eigens hervorhebe, so geschieht dies aus zwei Überlegungen.

► Die Kirchenpolitik der Revolutionsjahre und speziell das 1791 eintretende Schisma zwischen der auf der Seite der Revolution stehenden, den entsprechenden Eid auf die Verfassung leistenden Kirche und der «eidverweigernden» Kirche³, auch die Feste und die Religionspolitik der neuen Regierungen bis hin zum Kult der Vernunft und zu dem von Robespierre im Anschluß an Rousseau favorisierten Kult des Höchsten Wesens⁴ – all dies läßt sich nicht verständlich machen, wenn man die nationale, gallikanistische Kirchentradition, die Tendenzen der «lumières», der Aufklärung in allen drei Ständen, und wenn man insbesondere das schwer zu quantifizierende, aber weit verbreitete Unbehagen am Katholizismus als Institution und politischer Macht außer Betracht läßt. Richtet man den Blick unvermittelt auf «staatskirchliche» und innerkirchliche Auseinandersetzungen und kritisiert man, ebenso unvermittelt, die Radikalismen, Grausamkeiten, Vandalismen und die Engstirnigkeiten der sich damals uneinsichtig und intolerant

³ Ich verweise hier nur auf das Concilium-Heft 1989/1 mit dem Thema «1789: Französische Revolution und Kirche» sowie auf das Sonderheft «Les Chrétiens dans la Révolution» der Wochenzeitung «Témoignage Chrétien» (Premier trimestre 1989).

⁴ Hierzu vgl. E. Schulin, 219–231; insbesondere s. M. Ozouf, *La Fête révolutionnaire 1789–1799*. Paris 1976, 136–204 sowie H. Maier, *Über revolutionäre Feste und Zeitrechnungen*, in: H.M., *Kirche und Revolution. Zur Frühgeschichte der Christlichen Demokratie*. Freiburg–Basel–Wien 1988, 269–289 (Lit.). (Zu wissen, daß in diesem bekannten Buch von H. Maier überwiegend behandelt wird, was dessen *Untertitel* anzeigt!)

ORIENTIERUNG erscheint 2x monatlich in Zürich

Katholische Blätter für weltanschauliche Information
Herausgeber: Institut für Weltanschauliche Fragen

Redaktion und Administration:

Scheideggstraße 45, CH-8002 Zürich, Telefon (01) 2010760
Telefax (01) 2014983

Redaktion: Ludwig Kaufmann, Josef Bruhin, Robert Hotz,
Nikolaus Klein, Josef Renggli, Pietro Selvatico, Karl Weber
Ständige Mitarbeiter: Paul Erbrich (München), Paul Konrad Kurz
(Gauting), Heinz Robert Schlette (Bonn), Knut Walf (Nijmegen)

Preise Jahresabonnement 1989:

Schweiz: Fr. 39.– / Studierende Fr. 28.–
Deutschland: DM 49.– / Studierende DM 34.–
Österreich: öS 370.– / Studierende öS 260.–
Übrige Länder: sFr. 37.– zuzüglich Versandkosten
Gönnerabonnement: Fr. 50.– / DM 60.– / öS 420.–
(Der Mehrbetrag wird dem Fonds für Abonnements in Länder mit behindertem Zahlungsverkehr zugeführt.)
Probenummer gratis

Einzahlungen: ORIENTIERUNG Zürich

Schweiz: Postcheck Zürich 80-27842-8
Deutschland: Postgiroamt Stuttgart (BLZ 600 100 70)
Konto Nr. 6290-700
Österreich: Zentralsparkasse und Kommerzbank Wien, Zweigstelle Feldkirch (BLZ 20151),
Konto Nr. 473009306, Stella Matutina, Feldkirch
Italien: Postcheckkonto Rom Nr. 29290004

Abonnements-Bestellungen bitte an die Administration.
Das Abonnement verlängert sich automatisch, wenn die Kündigung nicht 1 Monat vor Ablauf erfolgt ist.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

gegenüberstehenden Parteien, so trägt man nur zur Desinformation des heutigen (katholischen) Publikums bei.⁵

► Es ist deswegen von besonderer Wichtigkeit – und das ist das zweite, was hier unterstrichen werden sollte –, daß man den Wert der neueren historischen Erforschung der sog. Mentalitäten (der «Mentalitätsgeschichte») bei der Betrachtung und Analyse der Vorgeschichte der Revolution stärker berücksichtigt. Über die bisherige Beachtung der religiösen, philosophischen, ökonomischen, gesellschaftlichen, rechtspolitischen Aspekte hinaus vermag die Mentalitätsgeschichte ins Bewußtsein zu rücken, was konkret in den Herzen und Köpfen der Menschen, namentlich an der Basis, vorging. Auch wenn der Begriff Mentalität nicht ohne weiteres klar ist (was ja auch für das lateinische Wort «mens» gilt) und sozial- und bildungspsychologische Komponenten ebenso umfassen dürfte wie allgemein-existentielle Verhaltensformen und -normen, kann man, ihn verwendend, doch Realitäten aufdecken, die die Vorgeschichte der Revolution als solche charakterisieren, so z.B. Erfahrungen der Verängstigung, der Angepaßtheit, der Unzufriedenheit, der Abhängigkeit (insbesondere der Frauen), des stummen Zorns, der angestauten Wut usw. Dieses alles hat, wie die Abläufe zeigen, wesentlich zu der Heftigkeit und Radikalität beigetragen, die sich im Zuge der Revolution entladen haben. Wenn wir, auf dem heutigen hohen Roß sitzend, bald billigend, bald verwerfend unsere Urteile formulieren (die theoretisch-abstrakt noch so begründbar sein mögen), so wird jedenfalls die Einbeziehung der Mentalitätsgeschichte unsere Sicht der Vorgeschichte der Revolution und damit der Revolution selbst – nicht zuletzt auch als deutsche Sicht – zu größerer historischer Wahrhaftigkeit führen.

Kenntnisse statt Interessen

Natürlich will und kann der nachdrückliche Hinweis auf die Beachtung der «Vorgeschichte» niemanden davon dispensieren, die Revolutionsereignisse selbst möglichst genau und unparteiisch zu erforschen. Auch unter diesem Aspekt kennzeichnet Schulins Darstellung wohlthuende methodische Sorgfalt. Seine Erörterung der «Geschichte der Geschichtsschreibung» der Französischen Revolution im ersten Teil seines Buches zeigt sehr deutlich, wie problematisch es ist, immer schon von «Standpunkten» auszugehen. Angesichts des «konservativen» Interesses, die Revolution en bloc zu verteufeln oder ihre Bedeutung einerseits durch den Hinweis auf gewisse Reformbemühungen im Ancien régime⁶, andererseits durch die zweifellos berechtigte Erinnerung an die Radikalismen bis hin zur Terreur zu relativieren, und angesichts des im weitesten Sinne «marxistischen» und/oder «sozialistischen» Interesses, die Französische Revolution dialektisch als bloß «bürgerliche» Vorgeschichte revolutionärer Entwicklungen des 19. und 20. Jahrhunderts zu denunzieren und einzuordnen, kann es nicht schaden, die «Bewertungen» zunächst einzuklammern und sich um eine detaillierte Kenntnis des Gewesenen zu bemühen.

Indem das Buch von Schulin den Leser in die Lage versetzt, sich ein nüchtern-korrektes Bild von Vorgeschichte und Geschichte der Französischen Revolution anzueignen, läßt es freilich auch sichtbar werden, wie viel wir heute *alle* dieser Revolution verdanken – auch wenn die Menschenrechte, wie *Margaret Thatcher* ausgerechnet kurz vor dem diesjährigen 14. Juli erklärte⁷, keine französische Erfindung sind – und daß der Streit darüber, wie ihre Prinzipien und besten Intentionen politisch-konkret zu realisieren sind (freilich nicht nur in Europa), «auch heute noch nicht zuende» ist (vgl. 254).

Heinz Robert Schlette, Bonn

⁵ Dies ist kritisch anzumerken gegen H. Maiers Heft «Die Französische Revolution und die Katholiken». Köln 1989 (Reihe «Kirche und Gesellschaft», hrsg. v. d. Kath. Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach).

⁶ Hierzu vgl. E. Schulin, etwa 41f., 47, 160–166.

⁷ Vgl. ihr Interview in «Le Monde» vom 13.7.1989.